

08.11.2007

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 08.11.2007
zu Ltg.-1010/A-1/88-2007
~~-Ausschuss~~

ANTRAG

der Abgeordneten Erber, Rinke, Mag. Schneeberger, Hiller, Ing. Hofbauer und Mag. Riedl

zum Antrag der Abgeordneten Rinke, Mag. Schneeberger u.a. betreffend **„Kein Auslaufen der Amnestie bei der 24- Stunden Betreuung ohne gesicherte Förderungsmöglichkeiten“**, Ltg.-1010/A-1/88-2007

1) Der Titel des Antrages lautet: „Kein Auslaufen der Amnestie bei der 24- Stunden Betreuung ohne gesicherte Förderungsmöglichkeiten und neue Wege bei der Finanzierung der Pflege und Betreuung“

2) Die Antragsbegründung des Antrags der Abgeordneten Rinke, Mag. Schneeberger u.a. wird wie folgt ergänzt:

„Um mittel- bis langfristig die Finanzierung der Pflege und Betreuung zu gewährleisten, sind zusätzliche Modelle zu überlegen. Eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern wurde bereits ins Leben gerufen und beschäftigt sich u.a. mit möglichen Formen einer öffentlichen, bundesweiten Pflegeversicherung. Diese Gespräche sollten intensiviert werden.

In den NÖ Pflegeheimen wird eine qualitativ hoch stehende und menschlich wertschätzende Pflege für die älteste Generation geboten. Wenn die eigenen Mittel für die Pflege nicht ausreichen, erfolgt ein Kostenersatz durch das Land Niederösterreich im Wege der Sozialhilfe. Der Grundsatz der Sozialhilfe ist die Subsidiarität d.h. Sozialhilfe kommt dann zum Einsatz wenn die Mittel des Hilfebedürftigen, des Ehegatten und der Kinder erschöpft sind. Beim Regress gegenüber Kindern können 1% - 15% des anrechenbaren Einkommens nicht jedoch Vermögen herangezogen werden.

3) Der Antragstenor wird wie folgt ergänzt:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, in den Gesprächen über die mittel- bis langfristige Finanzierung der Pflege und Betreuung Modelle einer öffentlichen, bundesweiten Pflegeversicherung intensiv zu beraten und Lösungsvorschläge vorzulegen.

Die Landesregierung wird ersucht, basierend auf Erhebungen zum Kostenersatz und die durch den Kostenersatz aufgebrauchten Finanzmittel in der stationären Pflege, Überlegungen zur Abfederung beim Kinderregress anzustellen.